

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 08.11.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:46 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meinen, Regina

SPD-Fraktion

Mecklenburg, Rico

für Helga Grix

Meyer, Elfriede

Meyer, Lina

für Enno Scheffel bis 19:25 Uhr

CDU-Fraktion

Risius, Andrea

FDP-Fraktion

Fooken, Ralf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

für Stephan-Gerhard Koziolk

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm

Jacobs, Marion

Kloppenburger, Rainer

Kruse, Helga

ab 17:05 Uhr

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter

Hartmann, Reiner

Kühl, Eckhard

Ludolph-Dawe, Karin

Sprengelmeyer, Thomas

Wittmer-Kruse, Olaf

bis 19:25 Uhr

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Frein, Markus

Holtkamp, Frauke

Ihnen, Herald

Lücht, Richard

Reibe, Ulf

Schrader, Christiane

bis 18:10 Uhr

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Protokollführung

Rauch, Agnes

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Meinen begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie entschuldigt Frau Grix und Herrn Ouedraogo.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Meinen schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zusammenzufassen sowie den Tagesordnungspunkt 12 gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 8 zu behandeln.

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.09.2007 - öffentlicher Teil -

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 15/0482

Herr Lutz bemerkt, im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation sei vereinbart worden, diese Vorlagen zunächst in den Fraktionen zu behandeln. Er bittet die Ratsmitglieder, dass Budgetbuch zügig durchzuarbeiten, um mögliche Änderungen und Vorschläge

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

einarbeiten zu können, damit im Februar auch tatsächlich ein erster Haushalt für das Jahr 2008 verabschiedet werden könne.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage T 15/0482 als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 6 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2011
Vorlage: 15/0484

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage T 15/0482 als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Jahresbericht Bezirkssozialarbeit 2006 FD 651.2
Vorlage: 15/0490

Herr Frein stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Tätigkeiten der Bezirkssozialarbeit des Fachdienstes Sozialer Dienst vor. Diese Präsentation ist im Internet im Ratsinformationssystem unter www.emden.de einsehbar.

Frau Meinen bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer fragt an, worauf der Rückgang bei den Punkten der „Inobhutnahme“ und „Hilfe außerhalb der Familie“ zurückzuführen sei.

Herr Frein antwortet, für die Rückläufigkeit der Zahlen sei sicherlich eine Kombination von mehreren Voraussetzungen verantwortlich. Zum einen könne es sein, dass weniger nachgefragt werde und somit auch weniger Fälle an den Fachdienst herangetragen würden. Zum anderen sei es durch die Umstrukturierung der letzten zwei Jahre möglich, dass die Mitarbeiter früher und intensiver beraten können. Es werde mehr Zeit dafür angewendet, bevor sich die Situationen krisenhaft zuspitzen würden.

Herr Fooker bittet um Auskunft, in wie vielen Fällen zum Thema Krisenintervention die Hinweise tatsächlich berechtigt gewesen seien.

Herr Frein entgegnet, er habe diesen Punkt zunächst einmal absichtlich offen gelassen. Er schlägt vor, eine genauere Auswertung der Zahlen im Rahmen einer der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzungen zu machen. Nicht in allen Fällen seien die Meldungen gerechtfertigt. Auch müsse berücksichtigt werden, wie diese an den Sozialen Dienst herangetragen würden. Es sei jedes Mal ein enormer Arbeitsaufwand, sich mit den Fällen auseinander zu setzen.

Herr Graf bemerkt, obwohl die Anzahl der Scheidungen ansteige, sei die Zahl der Beratungen bei Scheidungen gesunken. Er erkundigt sich nach den Gründen.

Herr Frein erklärt, es handele sich hierbei um ein freiwilliges Angebot, auf das der Fachdienst keinen Einfluss habe. Auch müsse man sich vor Augen führen, dass im Bereich „Allgemeine

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Erziehungsberatung“ ein enormer Anstieg zu verzeichnen sei. Oft lasse es sich nicht scharf abtrennen, wo der Grund liege, warum die Erziehungsberechtigten die Beratung aufsuchten. So würden zunächst Erziehungsprobleme geschildert. Aber letztendlich stelle es sich heraus, dass die Ehepartner erhebliche Probleme hätten, wo dann auch die eigentliche Ursache liegen würde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Essensversorgung in den Kindertagesstätten
Vorlage: 15/0491

Frau Schrader trägt vor, ergänzend zu der Mitteilungsvorlage wolle sie kurz den aktuellen Sachstand zu dem Bauvorhaben im Bereich der Küchen in Barenburg mitteilen. Die Küche in der Grundschule Grüner Weg ist bereits betriebsbereit, sodass dort das Vorhaben komplett abgeschlossen sei.

Hinsichtlich der Küche am Pauluskindergarten teilt sie mit, dass dort das Bauvorhaben noch nicht so weit fortgeschritten sei, wenn es auch hier erhebliche Fortschritte gegeben habe. Die Submission habe Mitte Oktober stattgefunden und die fachtechnische Prüfung und die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt der Angebote sei mittlerweile abgeschlossen. Am 24.10.07 sei ein Schreiben der zentralen Polizeibehörde eingegangen, in dem auf besondere Gefahrforschungsmaßnahmen im Bereich der Kampfmittelbeseitigung hingewiesen worden sei. Der beteiligte Architekt habe sofort bei den entsprechenden Spezialfirmen angefragt. Im Moment warte man auf ein Angebot und einen Termin zur Klärung dieser Gefahrenquelle.

Frau Schrader erläutert dann die Zeitleiste. Es zeichne sich die Richtung ab, dass eine dritte Planungsvariante zu dem Baukörper und dessen Ausstattung mit den Trägervertretern abgestimmt werde, um dann aufgrund der aktuellen Preisentwicklung im Baugewerbe mit der dritten Grundrissvariante in ein neues Bauantragsverfahren starten zu können. Sie gehe davon aus, dass im März oder April der Innenausbau dieser Küche abgeschlossen werden könne, sofern der Winter relativ mild werde. Aufgrund der aktuellen Preisentwicklung müsse man davon ausgehen, dass es zu einer Überschreitung des bisher abgestimmten Kostenvolumens um rund 1/3 kommen werde. Die Ausstattung, die ursprünglich mit 50.000 € kalkuliert worden sei, liege nunmehr bei rund 70.000 € und auch der Baukörper werde sich voraussichtlich um 40.000 € verteuern. Genauere Zahlen würde sie dann vorlegen, sobald die aktuelle Planung konkret berechnet werden könne.

Bezüglich des eigentlichen Tagesordnungspunktes – der Versorgung in den Kindertageseinrichtungen mit Mittagessen – möchte Frau Schrader einige Punkte, die sie als besonders problematisch auch im Dialog mit den Trägern und den Mitarbeitern in den Einrichtungen erlebe, herausstellen. Die Qualität der Versorgung in den Einrichtungen würde einer kindgerechten Versorgung nicht entsprechen, da bei den aktuellen Catering-Betrieben im Stadtgebiet kein adäquates Angebot zu einem akzeptablen Preis zu finden sei. Ein weiteres Problem sei das Verfahren der Abrechnung für die Mittagessenszeiten. So werde in den meisten Einrichtungen ein sogenanntes Gruppengeld erhoben, wobei sich die Eltern an den Umlagen für Getränke und Frühstückskosten beteiligten. Zusätzlich würden dann noch einmal die Kosten für das Mittagessen an die Eltern weitergegeben, sodass sich ganz erhebliche Kosten für die Verpflegung ergeben würden. Im Hinblick auf die immer knapper werdenden Ressourcen in vielen Familien würden die Eltern zunehmend aus der Mittagsverpflegung aussteigen bzw. die laufenden Rechnungen nicht mehr begleichen können. Diese führe zu Defiziten.

Sie weist darauf hin, dass das heutige Mittagessen in den Einrichtungen weit über eine Sättigung hinausgehe. Es gehe auch um die Aspekte einer gesunden Ernährung und eines gemein-

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

samen Handels. Auf der einen Seite würden die Betreuungszeiten stets ausgeweitet, um den Wünschen der Eltern gerecht zu werden, auf der anderen Seite mangle es in zahlreichen Einrichtungen an der Möglichkeit, die Kinder angemessen zu verpflegen.

Abschließend stellt Frau Schrader fest, in einer der letzten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses habe die Leiterin der Kindertagesstätte Schwabenstraße mitgeteilt, dass diese Einrichtung zwar über eine ausreichende Küche verfüge, jedoch mangle es dort an Personal, um die Mahlzeiten zubereiten zu können. Für die Kindertagesstätte Barenburg weist Frau Schrader darauf hin, dass der Zustand der jetzigen Küche keineswegs den Anforderungen entsprechen würde, im nächsten Kindergartenjahr die über 100 Kinder mit einer Mittagsmahlzeit zu verpflegen.

Frau Meinen bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Die Frage von **Frau Risius**, ob geplant sei, hinsichtlich der dritten Variante zur Planung des Pauluskindergartens auch zu rammen, wird von **Frau Schrader** bestätigt.

Herr Schild fragt an, welche Summe in die Küche der Schule Grüner Weg investiert worden sei und mit welchem Betrag bei dem Kindergarten der Paulusgemeinde zu rechnen sei. Weiter bittet er um Auskunft, ob es nicht vernünftiger gewesen wäre, eine gemeinsame Küche einzurichten.

Herr Schild geht anschließend auf die kindgerechte Versorgung der Kinder in den Einrichtungen ein.

Herr Lutz entgegnet, im letzten Jahr habe man lange in den Fachausschüssen und auch im Rat darüber diskutiert, ob eine gemeinschaftliche Küche eingerichtet werden solle. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Lösung viel teurer sei. Außerdem habe der Kindergarten der Paulusgemeinde die Essensversorgung selber durchführen wollen. Die Frage der Kosten könne er nicht beantworten, weil diese von den Trägern erhoben würden.

Hinsichtlich der Frage einer zusätzlichen Arbeitskraft in der Kindertagesstätte Schwabenstraße erinnert Herr Lutz daran, dass hier der Rat die Haushaltshoheit habe und im Rahmen der Budgetverhandlungen darüber diskutieren und entscheiden könne.

Herr Grix bemerkt, er unterstreiche die Ausführungen von Frau Schrader. Auch habe er aus eigenen Erfahrungen und Gesprächen mit den Kindergartenleiterinnen festgestellt, dass die Ansichten über ein kindgerechtes Essen sehr unterschiedlich seien. Zwar werde das Essen aus der Küche der AWO weitestgehend akzeptiert, doch seien die Wege oft sehr weit. In Petkum seien zum Schluss nur noch sieben Eltern bereit gewesen, das Essen zu bezahlen. Wenn man noch weiter mit dem Preis in Höhe von 2,50 € nach unten gehe, sei keine gesunde Ernährung mehr möglich. Diese führe dazu, dass die Kinder fehlernährt würden. Es müsste mit den Trägern im Einzelnen diskutiert werden, wie die Belieferung nunmehr erfolgen solle, denn nicht in jeder Einrichtung könne eine Köchin eingestellt werden. Darüber müsse sich auch der Rat Gedanken machen.

Er führt weiter aus, auch müsse zunächst der Bedarf festgestellt und berücksichtigt werden. Es gäbe auch genügend Eltern, die könnten das anfallende Essensgeld in Höhe von ca. 25 € nicht aufbringen. Hierbei handele es sich meistens um die Kinder, die eine kindgerechte Ernährung am Notwendigsten hätten.

Herr Kühl bezieht sich auf die Frage von Herrn Schild und teilt mit, dass der Küchenanbau beim Kindergarten Paulusgemeinde ca. 200.000 € kosten werde. Er sei aber dennoch der Mei-

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

nung, dass eine gemeinsame Küche nicht günstiger geworden wäre, da auch Auflagen zu erfüllen gewesen wären.

Hinsichtlich der Essenszubereitung in den Einrichtungen erklärt Herr Kühl, in den meisten Kindertagesstätten seien nur Ausgabeküchen vorhanden, sodass nur in der Kindertagesstätte Schwabenstraße und ab dem nächsten Jahr im Paulus-Kindergarten selber gekocht werden könne. Er schlägt vor, zunächst einmal auszuprobieren, unter welchen Bedingungen in diesen beiden Einrichtungen gesunde Ernährung zubereitet werden könne.

Weiter erklärt Herr Kühl, in Emden würden über 600 Kinder in den Kindertageseinrichtungen mit Essen verpflegt. Das sei eine gewaltige Größenordnung. Aus diesem Grunde müsse man sich Gedanken machen, wo ein Anbieter zu finden sei, der kindgerechtes Mittagessen anbieten könne. Auch müsse man darüber diskutieren, ob die Stadt Emden selber in der Lage sei, eine Großküche anzubieten. All das müsse gemeinsam diskutiert werden.

Bezüglich der Kosten für ein Essen stellt Herr Kühl fest, dass der derzeitige Preis nahezu verdoppelt werden müsste, wenn die Nebenkosten berücksichtigt würden. Um die realen Kosten für ein ausgegebenes Essen wieder hereinzubekommen, würde eine Mahlzeit 3 € kosten.

Herr Schild bemerkt, es gäbe klare Richtlinien von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, die vorgeben würden, wie Kinder zu ernähren seien. Weiter teilt er mit, ein Hartz IV-Empfänger habe im Moment 2,70 € pro Tag für das Essen zur Verfügung. Davon müssten sie dann auch noch das Essen in der Kindertagesstätte in Höhe von 1,50 € bezahlen.

Herr Sprengelmeyer trägt vor, die Frage der Gesamtkosten von Schule und Paulus-Kindergarten wolle er zurückstellen, da diese Zahlen noch nicht vorliegen würden. Das werde er in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschuss oder des Schulausschusses beantworten.

Er fasst zusammen, es werde deutlich, dass hier ein sehr großes Problem vorliegen würden. Es sei darüber auch im Schulausschuss diskutiert worden. Auch lägen dazu verschiedene Anträge vor. In den Schulen sei die Situation insofern katastrophal, als dass die Jugendlichen die Möglichkeit der Mittagsversorgung zurzeit nicht annehmen würden bzw. diese Möglichkeit derzeit noch nicht gegeben sei. Gleichwohl habe die Stadt Emden die Verpflichtung, bezüglich der Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Schulen und Kindertagesstätten zu einer vernünftigen Lösung zu kommen und ein durchgängiges Konzept zu erstellen. Unzweifelhaft sei auch Sinnhaftigkeit eines gesunden kindgerechten Essens. Es sei durch die Diskussion deutlich geworden, wie schwierig es sei, eindeutiges Daten- und Zahlenmaterial zu bekommen, gleichwohl müsse man das Ziel haben, im ersten Halbjahr des nächsten Jahres zu ersten Ergebnissen zu kommen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Vorstellung des Familienservicebüros / Kindertagespflege
Vorlage: 15/0492

Frau Holtkamp stellt sich zunächst vor und trägt dann anhand einer PowerPoint-Präsentation die Tätigkeiten des Familienservicebüros vor. Diese Präsentation ist im Internet im Ratsinformationssystem unter www.emden.de einsehbar.

Frau Meinen bedankt sich für die Ausführungen.

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Kühl ergänzt, obwohl das Familienservicebüro erst seit Mitte September seine Arbeit aufgenommen habe, wundere er sich, wie groß das Interesse und der tatsächliche Bedarf nach Beratung sei. Im Ausschuss habe man festgelegt, das Betreuungsangebot in den Einrichtungen weiter auszubauen. Anhand der gezeigten Statistik sei ersichtlich, wie groß gerade im Bereich der unter dreijährigen Kinder die Nachfrage sei. Seiner Meinung sei es hier richtig, den Schwerpunkt weiter auf die Einrichtungen zu legen. Für die Zeiten, die über diese Institutionen nicht abzudecken seien, müsse trotzdem eine kindgerechte Versorgung angeboten werden. Da auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht unbedingt familienfördernd sei, sei es wichtig, gerade für die Sonderzeiten geeignete Betreuungspersonen zu finden, die bereit seien, den Familien entsprechende Angebote zu unterbreiten.

Abschließend bemerkt Herr Kühl, mit Frau Holtkamp sei nunmehr eine Mitarbeiterin für diesen Bereich gefunden worden, die die Leute ansprechen und das Angebot weiter ausbauen könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Bericht zur Arbeit im "kulturbunker" und Ausblick als Mehrgenerationenhaus:
Vorlage: 15/0493

Herr Reibe gibt anhand einer PowerPoint-Präsentation einen Zwischenbericht und einen Ausblick über die Arbeit im Kulturbunker. Diese Präsentation ist im Internet im Ratsinformationssystem unter www.emden.de einsehbar.

Frau Meinen bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Fooken fragt bezüglich des Mehrgenerationenhauses, ob es in Wybelsum schon einen neuen Sachstand gäbe.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, es handele sich um ganz unterschiedliche Ansätze, die nicht miteinander zu vergleichen seien. Das hier vorgestellte Mehrgenerationenhaus sei keine Wohnung, sondern ein ganz anderes Projekt. Zum Mehrgenerationenwohnen in Wybelsum gäbe es allerdings zurzeit auch keine neuen Erkenntnisse.

Herr Lutz bemerkt, der Grund, warum es nicht weiterverfolgt werde, sei der Antrag gewesen, 2,5 Mio. € in den Haushalt einzustellen. Dieser Antrag sei abgelehnt worden. Daher gehe es im Moment nicht weiter. Außerdem werde über das Mehrgenerationenwohnen regelmäßig im Ausschuss für Gesundheit und Soziales berichtet.

Herr Kühl ergänzt zu dem Vortrag von Herrn Reibe, auch die personelle Ausstattung des Gebäudes sei nicht einfach. Zwar habe Herr Reibe auf die guten Erfahrungen mit dem Fachdienst Jugendförderung verwiesen, doch habe dieses sicherlich auch eine Tradition, da dieser Fachdienst auch damals das Bürgerhaus und die Gemeinwesenarbeit betrieben habe. Es sei eigentlich geplant gewesen, das Haus zu bauen und einem freien Träger zu übertragen. Aus diesem Grunde sei auch heute die Nutzungsgebührenordnung noch nicht überarbeitet worden. Zwar habe es in der Anfangsphase nach der Eröffnung des Hauses Gespräch mit verschiedenen Trägern gegeben, doch letztendlich habe sich keiner bereit erklärt, ein Angebot zu unterbreiten.

Er führt weiter aus, auch haushaltstechnisch werde es im Moment als Zuschuss dargestellt. Dieser Zuschuss werde dafür verwendet, Personal der AAFÖG zu bezahlen. Letztendlich sei der Fachdienst Jugendförderung in der Pflicht, dem Rat der Stadt Emden im kommenden Jahr vorzuschlagen, den Kulturbunker weiterhin als städtische Einrichtung zu betreiben oder er müsse einen neuen Versuch zu unternehmen, einen Träger zu finden.

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Abschließend stellt Herr Kühl fest, mit Herrn Reibe, den sonstigen Mitarbeitern und auch der Kombination mit den anderen Einrichtungen in diesem Stadtteil sei die Vernetzung bis jetzt sehr gut gelungen und der Bunker bei der Bevölkerung mittlerweile sehr stark akzeptiert.

Frau E. Meyer fragt an, was mit der Überschrift aktive Gemeinschaft der vier Generationen gemeint sei. Außerdem bittet sie um Auskunft, wie die Menschen den Weg in den Kulturbunker finden würden und wie es bei den ausländischen Menschen in Barenburg aussehen würde.

Auf die Frage von **Herrn Graf** bezüglich des Mehrgenerationenwohnens erläutert **Herr Reibe**, Mehrgenerationenhaus habe hier nichts mit Wohnen zu tun. Es sei ein offener Treffpunkt für alle Generationen vergleichbar mit einem Jugendzentrum.

Hinsichtlich der Migranten erklärt Herr Reibe, es würden sehr viele Veranstaltungen speziell für Migranten angeboten. Tatsächlich sei es ein wenig schwierig, ausländische Menschen in die Einrichtung zu bekommen. Doch das sei das gleiche Problem wie bei den Deutschen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 11 Sachstandsbericht (Konzept und Finanzierung) Kinderfest anlässlich des Weltkindertages am 22.09.2007;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 04.09.2007
Vorlage: 15/0410/1

Frau Meinen begrüßt die zweite Vorsitzende vom Kinderschutzbund, Frau Heike Kogelmann-Bauerle, und bittet um einen kurzen Sachstandsbericht.

Frau Kogelmann-Bauerle stellt sich zunächst vor und berichtet anschließend von der Entstehung und der Durchführung des Kinderfestes am 22.09.2007. Sie führt aus, an den Kinderschutzbund sei das Anliegen herangetragen worden, ein Kinderfest in Emden passend zum Weltkindertag mit zu organisieren. Auf Anregung von Herrn Bongartz sei in diesem Jahr vom Rat der Stadt Emden 7.500 € für ein solches Fest zur Verfügung gestellt worden. Zunächst habe man in einem ersten Treffen einen Rahmenplan erarbeitet. Der Kinderschutzbund habe dabei die Finanzverwaltung übernommen und sich maßgeblich um die Organisation gekümmert. Bedingung für die Gestaltung dieses Festes sei es gewesen, allen Kindern alles kostenlos zur Verfügung zu stellen und möglichst wenig Nahrungsmittel und Getränke anzubieten. Dementsprechend habe man sich auf das Motto „Alles was uns gut tut“ geeinigt. Alle Mitglieder hätten ihre zahlreichen Kontakte genutzt, um ehrenamtliche Helfer zu gewinnen, um so ein breites Angebot für Aktivitäten zu bieten. Zwar veranstalte der Kinderschutzbund bereits seit Jahren jedes Jahr zum Weltkindertag ein Fest mit kleinen Aktionen. Doch das diesjährige Fest sei eigentlich nur durch den Zuschuss der Stadt Emden möglich gemacht worden. Dafür wolle sie sich bedanken. Durch die Unterstützung zahlreicher ehrenamtlicher Helfer der verschiedensten Gruppen habe man mit relativ bescheidenen Mittel ein riesiges attraktives Kinderfest organisieren können, welches sehr viele Menschen in die Stadt gelockt habe. Es sei eine breite Zielgruppe erreicht worden. Auch habe es sehr viele positive Rückmeldungen, begeisterte Anrufe und Leserbriefe gegeben. Die Zeitungen hätten ebenfalls die ganze Aktion sehr positiv unterstützt. Zwar gäbe es sicherlich noch einige Verbesserungsmöglichkeiten in der Organisation, dennoch sei man zu dem Schluss gekommen, dass die Aktion ein wirklich großer Erfolg war.

Frau Meinen gibt den Vorsitz an **Frau E. Meyer**.

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Meinen führt aus, die Stadt Emden habe dem Kinderschutzbund 7.500 € zur Verfügung gestellt. Diese Summe sei letztendlich aufgegangen für die Fahrgeschäfte, Hüpfburg usw. Auch der Kinderschutzbund habe vieles zusteuern können. Sobald die letzten Rechnungen eingegangen seien, werde mit der Stadt Emden abgerechnet. Falls jemand Einblick in die Rechnungen haben wolle, so könne er sich beim Kinderschutzbund gerne melden.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Bericht und bittet um Wortmeldungen.

Frau Risius bedankt sich beim Kinderschutzbund und erklärt, es sei eine runde Sache gewesen. Hier habe sich gezeigt, dass der Zuschuss gut angelegt gewesen sei.

Herr Graf schließt sich den Worten aus. Es sei seiner Meinung nach gelungen, etwas Neues zu organisieren, was bei den Bürgern und besonders bei den Familien wunderbar angekommen sei.

Herr Fooken bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion für die Berichterstattung und die Ausrichtung des Festes. Seine Fraktion werde eine Wiederholung dieses Kinderfestes im kommenden Jahr unterstützen. Auch sei es sehr wichtig, dass die bewilligten Gelder wirklich ausgereicht hätten.

Auch **Herr Schild** bedankt sich im Namen seiner Fraktion, die selbstverständlich eine solche Aktion im nächsten Jahr unterstützen werde.

Herr Kühl macht darauf aufmerksam, falls wieder eine solches Kinderfest gewünscht werde, bei den Haushaltsberatungen auf die Einstellung der Mittel geachtet werden müsse.

Frau E. Meyer gibt den Vorsitz zurück an **Frau Meinen**.

Frau E. Meyer bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für das schöne Fest. Mit Sicherheit werde man im kommenden Haushalt darüber beraten, wie das nächste Fest finanziell unterstützt werden könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Sachstandsbericht Einbau Küche KiGa in Barenburg ;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 04.09.2007 -
Vorlage: 15/0234/2

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Errichtung bzw. Einrichtung eines Jugendtreffs in Wybelsum;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 19.09.2007
Vorlage: 15/0494

Herr Mecklenburg erklärt, seine Fraktion habe den Eindruck, das Thema „Jugendtreff Wybelsum“ sei wieder ein wenig zurückgestellt worden, nachdem festgestellt worden sei, dass die Räume über dem Dorfgemeinschaftshaus nicht geeignet seien. Daher habe die SPD-Fraktion nunmehr den Antrag gestellt, die Verwaltung möge zur heutigen Jugendhilfeausschuss-Sitzung einen tragfähigen umsetzbaren Vorschlag für die Einrichtung des Jugendtreffs unterbreiten. Von der nun vorliegenden Mitteilungsvorlage sei er ziemlich enttäuscht, da auch hier kein richtiger Vorschlag gemacht worden sei. Er betont, zwar habe die Jugendförderung sich dieses Themas ständig angenommen und habe versucht, Wege zu eben. Dennoch sei zum jetzigen Zeitpunkt

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

keine Lösung erkennbar. Aus diesem Grunde werde er heute namens der SPD-Fraktion einen erneuten Antrag stellen.

Abschließend bemerkt er, die Jugendlichen in Wybelsum und auch die Schule seien nicht daran interessiert, dass weiterhin die Probleme beschrieben würden, wie schwierig es sei, eine Lösung zu finden. Sie seien daran interessiert, dass endlich eine Lösung gefunden werde.

Herr Ihnen führt aus, er könne die Frustration sehr gut verstehen. Dennoch stelle sich die Situation im Moment so dar, dass die ursprünglich angedachte Lösung hinsichtlich des Friesenkruges nicht tragfähig gewesen sei, da auch dort die Zukunft nicht klar gewesen sei. Im Sommer sei von einigen Mitgliedern die Idee gekommen, die ehemalige Lehrerwohnung für diesen Treff einzurichten. Doch diese Möglichkeit habe sich ebenfalls zerschlagen, da dieses Gebäude stark sanierungsbedürftig und außerdem vom Mietern bewohnt sei. Danach habe das Gebäudemangement angeboten, das gegenüberliegende Haus über dem Kindergarten für den Jugendtreff zu nutzen. Doch man habe sich im Vorfeld mit allen Beteiligten geeinigt, eine integrative Lösung in Wybelsum zu suchen, die die Jugendarbeit und die Schulsozialarbeit vereine und ganz nah an der Schule sein müsse. Auch könnte man die diese Wohnung auch nicht nutzen, das sie auf der gegenüberliegenden Straßenseite liegen würde.

Er stellt fest, es müsse nunmehr nach einer neuen Lösung gesucht werden. Seiner Meinung nach komme nur ein Anbau in Betracht, wenn das Haus nicht zur Verfügung stehe.

Frau Risius betont, mit diesem Thema beschäftige man sich schon seit sehr vielen Jahren. Die CDU-Fraktion habe seinerzeit vorgeschlagen, die Kellerlösung durchzurechnen, da es auch diverse Jugendcafes in Kellerräumen gäbe. So könne den Jugendlichen aktuell geholfen werden.

Herr Dietz erklärt, an der Schule Wybelsum werde seit elf Jahren Schulsozialarbeit betrieben. Für die Schulstation stehe seit zehn Jahren ein kleiner Klassenraum zur Verfügung. Eine Schulstation sei eine Begegnungsstätte, wo die Schüler in den Pausen sich spielerisch betätigen oder sich auch mit ihren Sorgen und Nöten an den Schulsozialarbeiter wenden würden. Dieser Raum könne jedoch nur eine Notlösung sein. Daher sei auch die Schulsozialarbeit darauf angewiesen, einen entsprechenden Raum zu bekommen, damit eine gute Arbeit geleistet werden könne. Bei der Kellerraumlösung könne die offene Jugendarbeit nicht mit der Schulsozialarbeit vernetzt werden und sei daher seines Erachtens überhaupt nicht geeignet. Seiner Ansicht nach käme nur ein Anbau in Frage.

Herr Fooken führt aus, auch seine Fraktion habe den Eindruck, dass seitens der Jugendförderung alles unternommen werde, um eine Lösung zu finden. Dennoch sehe er hier innerhalb der Vorlage in der Stellungnahme der Verwaltung einen Widerspruch. Seines Erachtens werde hier gemauert. Zum einen heiße es, für das neben dem Schulgebäude bestehe ein hoher Sanierungsbedarf. Es werde sogar ein Abriss in Erwägung gezogen. Auf der anderen Seite sei es so, dass die Mieter, die in diesem Haus wohnten, wohnen bleiben möchten. Demzufolge könne die Situation dort nicht so schlecht sein. Er könne zwar die Situation der Mieter verstehen, doch könne in der Nachbarschaft eine Ersatzwohnung den Leuten angeboten werden. Er habe das Gefühl, dass seitens des Gebäudemagements nicht mit dem notwendigen Druck gearbeitet werde.

Herr Lutz entgegnet, die Verwaltung habe sich bemüht, einen Raum zu finden. Zunächst habe man sich den Speicherbereich sowie die Kellerräume des Dorfkruges in Wybelsum angesehen. Beide Lösungen seien nicht ideal gewesen. Danach sei die Idee entstanden, einen Klassenraum in der Schule zu nutzen. Doch es habe kein Klassenraum zur Verfügung gestanden. Anschließend wurde vorgeschlagen, auf dem Gelände der Schule ein Holzgebäude zu errichten, um auch eine direkte Anbindung an die Schule zu haben. Auch dieses wurde abgelehnt. Da-

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

nach wurde angeregt, einen Jugendtreff beim Kindergarten einzurichten. Das wurde mit der Antwort abgelehnt, dass dieser bei der Schule besser angebunden sei. Er stellt fest, dass jeder gemachte Vorschlag abgelehnt worden sei.

Weiter führt er aus, in der letzten Jugendhilfeausschuss-Sitzung habe man sich darauf geeinigt, den Mietern nicht zu kündigen. Zumal diese auch mit den vorhandenen Wohnverhältnissen einverstanden seien und es keinerlei Gründe gäbe, dieses Mietverhältnis zu kündigen. Seiner Meinung nach werde hier auch seitens der Stadtverwaltung nicht „gemauert“. Er habe das Gefühl, das Ideen einfach „in den Ring“ geworfen würden, die alle anderen wieder verunsicherten.

Abschließend schlägt er vor, der Verwaltung Zeit zu geben, um im Frühjahr 2008 eine geeignete Lösung vorstellen zu können. Weiter bittet er die Beteiligten um eine konstruktive Zusammenarbeit.

Herr Grix ist der Meinung, seit ungefähr 30 Jahren werde versucht, in Wybelsum zu einer Lösung zu kommen. Die Verwaltung komme teilweise immer mit den gleichen Vorschlägen, die bereits verworfen worden seien. Die Überlegung, die ehemalige Lehrerwohnung zu nehmen, sei neu gewesen. Auch er habe sich in der damaligen Sitzung dahingehend geäußert, den Mietern nicht gegen ihren Willen zu kündigen.

Weiter führt er aus, seine Überlegung sei ein Anbau an die Schule, der selbstverständlich zunächst geprüft werden müsse. Es stelle sich für ihn jedoch die Frage, ob die Verwaltung hier auf Zeit „spiele“, weil sie die Folgekosten scheue. Die Kosten für die Errichtung eines solchen Gebäudes dürften – zumal auch noch 50.000 € zur Verfügung stünden – kein Problem sein.

Herr Mecklenburg stellt für seine Fraktion den Antrag:

"Die Verwaltung wird beauftragt, für die Schaffung eines Jugendtreffs Wybelsum verschiedene Möglichkeiten auf dem Schulgelände im Rahmen der Vernetzung von Schulsozialarbeit und offener Jugendarbeit mit entsprechenden Kostenermittlungen zu nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzung vorzulegen."

Er betont, bei der Kostenermittlung sei keine Detailkostenermittlung gemeint. Spätestens für die Beratung des Haushalts sei es wichtig, um auch eventuell entsprechende Fördermittel in Verbindung von Schulsozialarbeit und offener Jugendarbeit zu akquirieren. Er bitte darum, dem Antrag der SPD-Fraktion zuzustimmen.

Herr Kühl fasst zusammen, aus der Mitteilungsvorlage der Verwaltung sei herauszulesen, dass die Jugendförderung auch der Meinung sei, eine vernetzte gemeinsame Lösung von Schulsozialarbeit und offener Jugendarbeit zu machen. Insofern könnten die Keller- und Dachgeschosslösungen gestrichen werden. Es müsse nunmehr an der Schule eine Lösung für beide Einrichtung gefunden werden, was selbstverständlich auch Folgekosten verursache.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, zur ersten Jugendhilfeausschuss-Sitzung im nächsten Jahr werde die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten.

Frau Meinen lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Ja: 10	Nein:0	Enthaltungen: 0
--------	--------	-----------------

Frau Meinen stellt fest, der Antrag der SPD-Fraktion werde einstimmig angenommen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 14 Sachstandsbericht Jugendtreff Harsweg;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 17.10.2007
Vorlage: 15/0495

Herr Fooken erklärt, die Verwaltung habe zu dem Antrag der FDP-Fraktion ausführlich Stellung genommen, jedoch sei der Vorlage nicht der Zeitpunkt zu entnehmen, wann die Jugendräume wieder genutzt werden könnten.

Herr Ihnen bedankt sich zunächst bei den anwesenden Jugendlichen aus Harsweg. Hier zeige sich deutlich, dass Interesse vorhanden sei. Weiter führt er aus, er warte im Moment auf eine Stellungnahme vom Gebäudemanagement, da Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen seien. Sobald diese vorliege, würden die Jugendräume in Betrieb genommen. Abschließend betont er, es sei Sache des Rates, dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft für die Betriebs- und Personalkosten Gelder zur Verfügung stünden.

Frau Risius bemerkt, der Rat habe damals einstimmig beschlossen, das Geld für den Jugendtreff Harsweg wieder zur Verfügung zu stellen, sobald ein Konzept vorliege. Am Interesse der Jugendliche sei es ersichtlich, dass in Harsweg Jugendarbeit nötig sei. Sie bittet die Verwaltung um Auskunft, ob die Gerüchte, dass das Grundstück der alten Schule verkauft werden solle, stimmen würden.

Herr Lutz entgegnet, der Rat habe die Mittel bis zur Vorlage eines Konzeptes gesperrt. Wenn das jetzt vorliegende Konzept so angenommen werde, könne er die Haushaltssperre aufheben.

Weiter erklärt er, der Rat habe beschlossen, in dieses Gebäude Geld zu investieren und es weiterhin für den Bürgerverein und den Jugendtreff zu nutzen. Daher obliege es nicht der Verwaltung, das Gebäude zu verkaufen, da sie an diesen Ratsbeschluss gebunden sei. Dennoch hätten mögliche Kaufinteressenten angefragt, denen das Gebäude mit der Bemerkung gezeigt worden sei, dass es jedoch nicht zum Verkauf stünde, sondern einer öffentlichen Nutzung zugeführt werde.

Herr Fooken bittet Herrn Lutz, auf das Gebäudemanagement einzuwirken, um kurzfristig zu einer Lösung zu kommen.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, dieses sei nicht notwendig, da ja nunmehr die Haushaltsmittel nach Vorlage des Konzeptes freigegeben würden. Abschließend bemerkt er, der Jugendtreff Harsweg erfordere einen besonderen Schutz, da es sich hierbei um eine Einrichtung handele, die bisher relativ autonom von Jugendlichen und jungen Erwachsenen betrieben worden sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 15 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Lutz bittet die Jugendlichen, die als Gäste an der heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschuss teilzunehmen würden, um Entschuldigung, dass sie solange auf den sie betreffenden Tagesordnungspunkt „Jugendtreff Harsweg“ hätten warten müssen.

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

In diesem Zusammenhang bemerkt er, er sei selber vor über 30 Jahren Gründungsmitglied eines Jugendzentrums gewesen und wünsche den Jugendlichen viel Erfolg bei dieser interessanten Aufgabe.

TOP 16 Anfragen

1. Vergünstigen für „Juleica-Inhaber“

Herr Wittmer-Kruse bemerkt, im letzten Ausschuss sei das Thema „Vergünstigungen für Juleica-Inhaber“ angesprochen worden. Er erinnert an die Vereinbarung, diesen Punkt auf einer der nächsten Tagesordnungen der Jugendhilfeausschuss-Sitzung zu nehmen.

2. Umfang der Tagesordnungen

Frau E. Meyer moniert die lange Tagesordnung des heutigen Ausschusses. Sie bittet die Verwaltung, künftig nicht mehr so viele Punkte auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.